

Save the Date: IGfH-Jahrestagung vom 13. bis 15. September 2017 in Dortmund – eine Werkstatt-Tagung unter dem Fokus „Partizipative Hilfekulturen gestalten und fordern“

AGJ-Fachtagung „Jugend ermöglichen: Grundlagen und Perspektiven des 15. Kinder- und Jugendberichts“ vom 2. bis 3. Februar 2017 in Berlin

SGB VIII-Reform: Arbeitsentwurf des BMFSFJ vom 23.08.2016 zurückgezogen – Referent_innenentwurf zu „kleiner“ SGB VIII-Reform für Ende 2016/ Anfang 2017 geplant

Verbände und Gewerkschaften fordern einheitliche Qualitätsstandards für die Kindertagesbetreuung

Steigende Anfragen an jugendnotmail.de: Online-Beratung ist wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe

Bundeskabinett beschließt die Ausweitung des Unterhaltsvorschusses für Alleinerziehende ab 2017

Hamburger Appell der National Coalition zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz

Call for Papers: IGfH/ISS: Forschungskolloquium Erziehungshilfen vom 03.-04. März 2017 in Frankfurt am Main

Save the Date: IGfH-Jahrestagung vom 13. bis 15. September 2017 in Dortmund – eine Werkstatt-Tagung unter dem Fokus „Partizipative Hilfekulturen gestalten und fordern“



Die IGfH begreift Partizipative Hilfekulturen als ein aktives gemeinsames Gestalten der Hilfeangebote durch alle Beteiligten – den jungen Menschen, deren Eltern bzw. Angehörige sowie den Mitarbeitenden in Einrichtungen und Diensten der Erziehungshilfe. Die Jahrestagung möchte sich mit den Fragen beschäftigen, wie Partizipative Hilfekulturen gestaltet werden können und welche Voraussetzungen dafür erforderlich oder gar einzufordern sind. Fachvorträge, Foren, zahlreiche thematische Werkstätten und Praxis-Exkursionen werden den Teilnehmenden die Gelegenheit eröffnen, die Möglichkei-

ten des gemeinsamen Gestaltens der Hilfeangebote zu diskutieren und vor allem gemeinsam an einer fachlichen Fragestellung zu arbeiten.

Die IGfH hat sich im letzten Jahr stark in aktuelle, dominierende Debatten über die Reform der Hilfen zur Erziehung, die Einbeziehung von Jugendlichen mit Behinderungen sowie über die Situation von jungen Geflüchteten und ihre Stellung im Rechtssystem eingebracht. Jenseits dieser aktuellen Themen scheint aber auch eine grundsätzliche Selbstvergewisserung der Erziehungshilfen wurde vor dem Hintergrund dieser Debatten notwendig. Die Jahrestagung soll mithin ein erster Versuch dieser Selbstreflexion sein, in dem wir fragen: Wie können Partizipative Hilfekulturen gestaltet werden? Welche Voraussetzungen sind hierfür erforderlich und sind möglicherweise einzufordern?

Diese Fragestellungen werden auf der Ebene des individuellen Handelns, auf der Ebene von Organisationen und auf gesamtgesellschaftlicher Ebene diskutiert (u.a. mit Prof. Dr. Wolfgang Schröer/Hildesheim, Prof. Dr. Mechthild Wolff/Landshut, Prof. Dr. Dirk Nüsken/Bochum). Zahlreiche thematische Werkstätten und Praxis-Exkursionen werden den Tagungsteilnehmer_innen die Gelegenheit eröffnen, gemeinsam an einer fachlichen Fragestellung und an Praxisproblemen zu arbeiten. Haupt-Referent_innen wie Prof. Dr. Heiner Keupp (München) fragen auf der Tagung nach Verwirklichungschancen für alle junge Menschen und ihre Familien, Prof. Dr. Kiaras Gharabaghi (Toronto/Canada) konfrontiert mit einem Zwischenruf aus internationaler Perspektive.

Die Tagung wird von den IGfH-Fachgruppen Heimerziehung und Integrierte Hilfen zusammen mit dem Gesamtverband der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen ausgerichtet. Am ersten Tag der Tagung (13.09.2017) findet zudem die IGfH-Mitgliederversammlung statt.

Weitere Informationen zur IGfH-Jahrestagung sowie die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie ab dem 28.02.2017 unter www.igfh-jahrestagung.de.

AGJ-Fachtagung „Jugend ermöglichen: Grundlagen und Perspektiven des 15. Kinder- und Jugendberichts“ vom 2. bis 3. Februar 2017 in Berlin

Zur Veröffentlichung des 15. Kinder- und Jugendberichts richtet die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ) in Zusammenarbeit mit der Sachverständigenkommission zum 15. Kinder- und Jugendbericht die Fachtagung „Jugend ermöglichen: Grundlagen und Perspektiven des 15. Kinder- und Jugendberichts“ vom 2. bis 3. Februar 2017 in Berlin aus.

Der 15. Kinder- und Jugendbericht steht in dieser Legislaturperiode unter dem Titel "Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter". Er informiert über die aktuelle Situation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland sowie über den Beitrag der Kinder- und Jugendhilfe zum gelingenden Aufwachsen der jungen Menschen; er zeigt Erkenntnisse und gibt Empfehlungen. Über diese Erkenntnisse und Empfehlungen fachpolitisch zu diskutieren sind Vertreterinnen und Vertreter der Kinder- und Jugendhilfe, von Wissenschaft und Politik sowie eine interessierte Fachöffentlichkeit eingeladen. Der Vorsitzende

der Berichtskommission sowie weitere Mitglieder werden die Ergebnisse des Berichts vorstellen und diese in Podiumsdiskussionen, Arbeitsgruppen und Vorträgen zur Diskussion stellen.

Anmeldeschluss ist der 05. Dezember 2016; die Anzahl der Teilnehmenden ist begrenzt. Die Anmeldung ist ausschließlich online unter www.agj.de/anmeldung möglich. Weitere Informationen und das Programm zur Tagung finden Sie [hier](#).

SGB VIII-Reform: Arbeitsentwurf des BMFSFJ vom 23.08.2016 zurückgezogen – Referent_innenentwurf zu „kleiner“ SGB VIII-Reform für Ende 2016/ Anfang 2017 geplant

Das Ringen um eine Reform des SGB VIII geht in eine neue Runde. Das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) hat seinen am 23.08.2016 vorgelegten „Arbeitsentwurf zur Vorbereitung eines Gesetzes zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen“ Anfang November offiziell zurückgezogen. Die Bundesländer, die die formulierten Zielsetzungen einer SGB VIII-Reform grundsätzlich teilten, hatten bezüglich der Themen Kinderschutz, Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung und Inklusion [gemeinsame Änderungsbedarfe an der Reform](#) formuliert. Die Appelle und Aktivitäten – auch der Bundesfachverbände für Erziehungshilfen – an das Bundesfamilienministerium und die politischen Vertreter_innen, den Arbeitsentwurf in der vorliegenden Form zurückzuziehen, scheinen somit gewirkt zu haben.

Eine kleine Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes ist in Kürze aber noch geplant. Ende Dezember/Anfang Januar 2017 will der BMFSFJ einen Referent_innenentwurf vorlegen. Dieser befindet sich zur Zeit bei der Ministerin und geht dann ins Kanzleramt zur Ressortabstimmung bevor er veröffentlicht wird. Es sei beabsichtigt, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode möglichst bis zur Sommerpause zu verabschieden, so die Staatssekretärin des BMFSFJ Elke Ferner, die versicherte, dass die in den Verbände-Anhörungen und darüber hinaus formulierte Kritik in die Überarbeitung bzw. Neugestaltung des Entwurfs eingehen werde. Letzteres ist auch die Erwartung der bundesweiten Fachebene, die für den zweiten Anlauf eine systematischere Beteiligung von Fachleuten, Verbänden und Forschung am gesamten Gesetzesvorhaben fordert. Dem neuen Gesetzesentwurf könne dann eine faire Chance gegeben werden, so die IGfH. Die Fachebene müsste sich dann gemeinsam mit den Behindertenverbänden und dialogisch mit dem BMFSFJ zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe zur Verfügung stellen. Dazu sind 2017 schon verschiedene Gesprächsrunden in der Planung.

[Aktuelle Informationen und Materialien zu den geplanten Änderungen des SGB VIII finden Sie hier.](#)

Verbände und Gewerkschaften fordern einheitliche Qualitätsstandards für die Kindertagesbetreuung

Familien-, Kinderrechts-, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften fordern verbindliche, bundesweit einheitliche und wissenschaftlich fundierte Standards in der Kindertagesbetreuung. Laut Verbänden und Gewerkschaften sei eine Verbesserung der Qualität in der Kindertagesbetreuung dringend erforderlich, um jedem Kind sein Recht auf die Förderung seiner Entwicklung und auf die Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu garantieren. Eine gute frühkindliche Betreuung und Erziehung, so die Verbände, könne Bildungsnachteile abbauen und Armut überwinden.

Verbände und Gewerkschaften fordern einheitliche Qualitätsstandards u.a. im Hinblick auf den Zugang zu Kindertagesstätten, auf die Qualifikation der Fachkräfte, auf die Gruppengröße, auf eine verantwortungsbewusste Erziehungs- und Bildungspartnerschaft sowie auf eine dauerhafte Qualitätssicherung und -weiterentwicklung. Mit diesen Forderungen begleiten die Verbände kritisch die Veröffentlichung des Zwischenberichts „Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern“ der AG „Frühe Bildung“ von Bund und Ländern, die künftig eine höhere Qualität in der Kindertagesbetreuung und eine dauerhafte Finanzierung zusichern. Die Verbände und Gewerkschaften weisen neben der Dringlichkeit politischer Anstrengung und erheblicher Mehrausgaben zudem auf die Notwendigkeit einer

Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern, Gewerkschaften, Verbänden und Elternvertreter_innen hin, die den Prozess begleiten.

[Die Erklärung der Verbände und Gewerkschaften finden Sie zum Download u.a. hier auf der Homepage der Lebenshilfe.](#)

[Den Zwischenbericht von Bund und Ländern „Frühe Bildung weiterentwickeln und finanziell sichern“ können Sie hier einsehen.](#)

Steigende Anfragen an jugendnotmail.de: Online-Beratung ist wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe

Die Anfragen an die Online-Beratung der Website jugendnotmail.de sind rasant gestiegen, so der Verein jungundjetzt e.V., welcher seit 2001 Jugendlichen in seelischer Not die Möglichkeit bietet, sich auf der genannten Seite Hilfe zu suchen. Die Seite bietet anonym und kostenlos Einzelberatung mit psychologisch oder sozialpädagogisch ausgebildeten, ehrenamtlich tätigen Onlineberatern an, sowie Foren und monatlich stattfindende Themenchats mit Gleichaltrigen, die von fachkundigen Moderator_innen begleitet werden. Die Anmeldung erfolgt lediglich mit einem gewählten Nicknamen und Passwort. Ca. 250 Hilferufe erreichten die Online-Beratung im Monat und etwa 10.000 Folgemails im Jahr; zwei Drittel der Anfragen gingen an die Einzelberatung, die vor allem zu den Themen Depressionen, Selbstverletzung und familiäre Probleme um Rat gefragt wurde, so der Verein. Der rasante Anstieg von Anfragen in der Einzelberatung, in den Foren und im Themenchat zeige, dass die Online-Beratung von Jugendlichen wichtiger Bestandteil der Kinder- und Jugendhilfe ist. Etwa 100.000 Hilferufe konnte der Verein seit 2001 beantworten; um das Online-Beratungsangebot auch künftig sichern zu können, ist dieser auf Fördermitglieder und Spenden angewiesen. Weitere Informationen finden Sie unter www.jugendnotmail.de.

Bundeskabinett beschließt die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses für Alleinerziehende ab 2017

Ab dem 1. Januar 2017 wird der Unterhaltsvorschluss für Alleinerziehende ausgeweitet; dies hat das Bundeskabinett Mitte November dieses Jahres beschlossen. Bislang wurde der Unterhaltsvorschluss maximal bis zu 72 Monaten und bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres des Kindes gewährt. Nach dem Beschluss des Kabinetts kann ab 2017 der Unterhaltsvorschluss ohne Begrenzung der Bezugsdauer und auch für ältere Kinder bis zum Alter von 18 Jahren bezogen werden.

Der Unterhaltsvorschluss stellt eine wichtige Leistung und Unterstützung für alleinerziehende Eltern und ihre Kinder dar. Er sichert die finanzielle Situation und damit die wirtschaftliche Stabilität der alleinerziehenden Familien ab, wenn die Unterhaltszahlungen des anderen unterhaltspflichtigen Elternteils unter dem festgesetzten Regelbedarf bleiben oder ganz ausfallen. Der Unterhaltsvorschluss habe vor allem armutsreduzierende Wirkung, so das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ). Der Verband alleinerziehender Mütter und Väter e.V. (VAMV) begrüßt den Beschluss des Bundeskabinetts, mit dem eine langjährige Forderung des Verbands umgesetzt werde. Als frauen-, kinder- und armutspolitisch richtigen Schritt lobt auch der Paritätische Gesamtverband die Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses; die Armutsquote Alleinerziehender – meist Frauen – und ihrer Kinder sei seit Jahren angestiegen, die Hälfte der Kinder alleinerziehender Eltern erhalte zurzeit überhaupt keinen Unterhalt.

Mindestens 260.000 Kinder würden zusätzlich von der Ausweitung des Unterhaltsvorschlusses profitieren, so die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. Über die Finanzierung müssen sich Bund und Länder allerdings noch einigen.

[Weitere Informationen des BMFSFJ zum Unterhaltsvorschluss finden Sie hier.](#)

Hamburger Appell der National Coalition zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz

Die National Coalition Deutschland (NC), ein Netzwerk aus etwa 120 Organisationen zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention, und weitere Partner_innen haben – mit Blick auf die Bundestagswahl im kommenden Jahr – Mitte September in Hamburg dazu aufgerufen, die Kinderrechte im deutschen Grundgesetz zu verankern. Der Aufruf richtet sich an den Deutschen Bundestag sowie an die Kandidat_innen für die Wahlen zum Deutschen Bundestag, sich in ihren Wahlprogrammen klar zu den Kinderrechten zu positionieren.

Das Netzwerk beanstandet weiterhin, dass Kinder im deutschen Grundgesetz nicht ausdrücklich als Rechtssubjekte genannt würden; in anderen Staaten sei längst das Gegenteil der Fall. In Deutschland hingegen spielten die Interessen von Kindern und Jugendlichen weiterhin eine Nebenrolle und ihre Stimmen würden bei Entscheidungen im öffentlichen Leben sowie in Politik, Justiz und Verwaltung kaum gehört. Die NC hat im Appell erneut die Argumente zusammengetragen, die belegen, warum eine Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz dringlich geboten sei. In einem „Hintergrundpapier zur Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz“ schlüsselt sie die Auswirkungen einer Grundgesetzergänzung auf, zu denen nicht nur die stärkere Berücksichtigung der Belange von Kindern bei allen gesetzgeberischen, politischen und gerichtlichen Entscheidungen gehört, sondern u.a. auch die verfassungsrechtliche Signalwirkung im Hinblick auf aktuelle Debatten u.a. über wachsende Kinderarmut und ungerecht verteilte Bildungschancen. Auch Bundesfamilienministerin Schwesig hatte am Jahrestag der Kinderrechtskonvention (20. November) daran appelliert, die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Deutschland habe nach wie vor ein Problem bei der Anwendung der Kinderrechte, so die Familienministerin.

Hier können Sie den [Hamburger Appell](#) und das dazugehörige [Hintergrundpapier](#) einsehen.

Call for Papers: IGfH/ISS: Forschungskolloquium Erziehungshilfen vom 03.-04. März 2017 in Frankfurt am Main

Die IGfH und das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS) laden am 03. und 04. März 2017 wieder zum Forschungskolloquium nach Frankfurt am Main ein. Jährlich werden im Kolloquium Forschungsarbeiten aus dem Bereich der Hilfen zur Erziehung vorgestellt und diskutiert. Hierfür stellen Forschende Methodiken, Fragestellungen oder auch erste Ergebnisse ihrer Projekte und Forschungsarbeiten im Bereich der Erziehungshilfen vor, die dann im Plenum gemeinsam mit Fachkräften diskutiert werden.

Ziel ist es, den Fachaustausch unter den Wissenschaftler_innen sowie den Theorie-Praxis-Transfer zu fördern. Inhaltlich geht es sowohl um generelle Fragen der Fremdplatzierung oder um Forschungsprojekte im Bereich der ambulanten Hilfen als auch um übergreifende Evaluationen zu Steuerungs- und Wirkungsforschungsfragen. Themen und Präsentationen von Forschungsarbeiten können bei der IGfH (josef.koch@igfh.de) eingereicht werden, die in Absprache mit dem ISS eine Auswahl trifft und das Tagungsprogramm erstellt. Anmeldeschluss für vorzustellende Forschungsarbeiten ist der 15. Januar 2017.

Weitere Informationen finden Sie [unter](#).